

## 3 FRAGEN



Michael Sammet (54) ist Geschäftsführer des Herz-Jesu-Krankenhauses in Fulda.

#### Die Reform tritt nun zum 1. Januar 2025 in Kraft. Ein Fehler?

Es ist bedauerlich und auch fahrlässig, dass nun eine Reform im Blindflug auf den Weg gebracht wurde, ohne die konkreten Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung in Deutschland und in den jeweiligen Regionen zu kennen. Wir haben nun ein Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz, das das Gegenteil von dem bewirken wird, was sein Name verspricht.

#### Warum ist die Reform in Ihren Augen keine Verbesserung für die Krankenhäuser?

Es ist unstrittig, dass wir eine Reform benötigen. Das Gesetz in dieser Form jedoch wird die Versorgung in vielen Regionen massiv verschlechtern und im ländlichen Bereich zu Versorgungsengpässen und einer Medizin der Wartelisten führen. Es ist ein Gesetz, was handwerklich nicht zu Ende gebracht wurde: Die starren und teilweise immensen Personalvorgaben als Voraussetzung zur Erbringung von bestimmten Leistungen werden das stationäre Leistungsangebot massiv begrenzen, da es das Fachpersonal in dieser Menge überhaupt nicht gibt. Wir haben jetzt bereits die Situation, dass insbesondere in der Notfallversorgung in vielen Regionen Deutschlands und auch im Raum Fulda die stationären Kapazitäten oft erschöpft sind und der Rettungsdienst längere Transportwege in Kauf nehmen muss.

#### Vor welchen Herausforderungen steht das Herz-Jesu-Krankenhaus mit dieser Reform?

Wir sind und bleiben unverzichtbar für die medizinische Versorgung in der Region. Als freigemeinnützige Klinik sind wir auf Wirtschaftlichkeit im laufenden Betrieb angewiesen, da wir nicht wie kommunale Kliniken auf finanzielle Hilfen aus den öffentlichen Haushalten zurückgreifen können.

Entgegen der Behauptung von Herrn Lauterbach wird sich die marode finanzielle Lage der Kliniken in Deutschland noch weiter verschärfen, da das Gesetz keine kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung beinhaltet. Damit wird die Insolvenzwelle der Kliniken eine neue Dynamik bekommen. Viele Krankenhäuser werden den Reformprozess nicht überleben – unabhängig von deren Qualität oder ob sie für die Versorgung der Bevölkerung relevant sind. Unser Ziel ist es, auch zukünftig eine verlässliche Versorgung für die Menschen in unserer Region sicherzustellen.

# Klinikreform hat die letzte Hürde genommen

## Länderkammer verzichtet auf Vermittlungsausschuss

### BERLIN

Minister Lauterbach bringt sein Prestigeprojekt trotz des Bruchs der Ampel-Koalition ins Ziel: Eine Neuaufstellung der Krankenhäuser ist nach langem Gezerre beschlossene Sache.

Der Bundesrat macht den Weg für die umstrittene Krankenhausreform frei. Die Länderkammer ließ das noch von der Ampel-Koalition im Bundestag beschlossene Gesetz für eine grundlegende Neuordnung der Kliniken in Deutschland passieren. Eine Anrufung des gemeinsamen Vermittlungsausschusses mit dem Bundestag fand nicht die erforderliche Mehrheit. Die Reform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kann damit umgesetzt werden. Sie soll finanziellen Druck auf die Kliniken mindern und mehr Spezialisierung durchsetzen.

Im Kern soll die bisherige Vergütung mit Pauschalen für Behandlungsfälle geändert werden. Künftig sollen Kliniken 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten bestimmter Angebote bekommen. Das soll Anreize zu immer mehr Fällen und medizinisch teils nicht optimalen Eingriffen beseitigen.

Grundlage der Finanzie-

### Thüringen nicht mitgezählt

rung durch die Krankenkassen sollen daher auch neue Leistungsgruppen sein. Sie sollen Klinik-Behandlungen genauer beschreiben und bundeseinheitliche Qualitätsvorgaben dafür absichern – etwa beim Fachpersonal oder der Behandlungserfahrung. Kommen soll zudem ein milliardenschwerer Transformationsfonds, um die Neuorganisation finanziell zu unterstützen.

In der Sitzung der Länderkammer hatte es eine kontroverse Debatte gegeben. Lauterbach appellierte kurz vor der Abstimmung an die Länder, das Gesetz passieren zu lassen. Es gehe um „die einmalige Chance, Zehntausenden Menschen pro Jahr eine bessere Versorgung zukommen zu lassen“.

Bei der Abstimmung wurde das Votum Thüringens nicht mitgezählt, da das Land nicht

einheitlich abstimmte, wie Bundesratspräsidentin Anke Rehlinger feststellte. Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sagte: „Wir brauchen diese Reform, aber es gibt nach wie vor wenige Punkte, die unbedingt nachgebessert werden müssen.“ Sonst würde das Gesetz zu Verwerfungen in der Krankenhauslandschaft führen. Konkret gehe es um Änderungen bei Vorgaben zu Fachärzten, die in ländlichen Regionen derzeit einfach nicht erreichbar seien. Nötig sei „mehr Beinfreiheit“ für die Länder bei der Umsetzung.

Bayern hatte den Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses gestellt. Ressortchefin Judith Gerlach (CSU) sagte: „Unser Ziel ist es, zu dringend notwendigen Nachbesserungen zumindest in zentralen Punkten des Gesetzes zu kommen.“ Sie wies auch auf akute Finanznot bei vielen Kliniken hin. „Der Bund hätte längst ein Soforthilfeprogramm vorlegen müssen.“

Der rheinland-pfälzische Minister Clemens Hoch (SPD) warb dagegen um Unterstützung für die Reform und mahnte, das Ergebnis eines

zweijährigen Arbeitsprozesses nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Benötigt würden auch kurzfristige finanzielle Effekte des Gesetzes. Der niedersächsische Minister Andreas Philippi (SPD) warnte, wenn die Reform in den Vermittlungsausschuss geschoben werde, dann sei sie „politisch tot“.

In Kraft treten soll das Gesetz zum 1. Januar 2025. Umgesetzt werden soll die neue Struktur aber erst über mehrere Jahre bis 2029. Für die Patienten wird sie also nicht sofort spürbar. Geplant ist, dass die Länder ihren Kliniken bis Ende 2026 die jeweiligen Leistungsgruppen zuweisen. Die Finanzierung soll dann 2027 und 2028 schrittweise auf das neue System umgestellt werden, wie das Ministerium erklärt.

Das Netz der 1800 Krankenhäuser dürfte damit kleiner werden. Vielen Kliniken machen seit längerem Finanznöte, nicht belegte Betten und Personalmangel zu schaffen. Die Länder und die Klinikbranche hatten auch eine Überbrückungsfinanzierung für die Krankenhäuser bis zum Greifen der Reform gefordert.

Kommentar S. 6

”

Der Bund hätte längst ein Soforthilfeprogramm vorlegen müssen

Judith Gerlach (CDU), Ressortchefin in Bayern, zur Finanznot vieler Kliniken

FRAGE DES TAGES  
Seite 1



## WOIDKE ENTLÄSST MINISTERIN IM STREIT UM REFORM

Ein Machtkampf um die Krankenhausreform hat die geschäftsführende Brandenburger Landesregierung auseinanderbrechen lassen. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) entließ in dem Streit zunächst seine Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne/Foto). Daraufhin warf auch ihr Parteikollege und Agrarminister Axel Vogel hin. Die Grünen und auch der zweite bisherige Koalitionspartner CDU kritisierten Woidke scharf.

Woidke erklärte den Rauswurf Nonnemachers damit, dass er im Bundesrat eine Anrufung des Vermittlungsausschusses für die Krankenhausreform erreichen wollte und Nonnema-

cher diese Haltung seiner Regierung nicht mitgetragen habe. „Ich kann als Ministerpräsident, auch für das öffentliche Bild des Landes Brandenburg, nicht zulassen, dass ein klares Votum, das wir auch im Land haben, eine klare Meinung, hier im Bundesrat konterkariert wird durch eine Ministerin, die mit der Wahrnehmung von Aufgaben von mir beauftragt ist“, sagte Woidke. „Ich kann mir da nicht auf der Nase rumtanzen lassen.“

Nonnemacher sagte, sie habe ihre Position in der Koalitionsrunde vor

der Bundesratssitzung vertreten. Woidke habe ihr daraufhin angedroht, sie noch vor der Sitzung des Bundesrats zu entlassen. Am Rande des Bundesrats habe er ihr dann auf dem Flur das Entlassungsdokument übergeben. Vogel erklärte, die Entlassung seiner Parteikollegin markiere einen neuen Tiefpunkt. „Vor diesem Hintergrund ist keine Zusammenarbeit mehr möglich.“ Seinen Rücktritt habe er mit dem Grünen-Landesvorstand abgesprochen. Woidke wiederum erklärte zu dem Rücktritt, er habe Vogels

Wunsch entsprochen und ihn von seinen Amtsgeschäften entbunden. Er dankte Vogel für seinen Einsatz und wünschte ihm „alles Gute“.

Die Grünen brachten den Eklat in Zusammenhang mit den Verhandlungen der Brandenburger SPD mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). CDU-Landtagsfraktionschef Jan Redmann erklärte, der Schritt Vogels sei nach dem fehlenden Respekt Woidkes im Umgang mit den Grünen-Ministern nachvollziehbar. Woidke lasse Verantwortungsbewusstsein vermissen. Ein Zustandekommen der Klinikreform konnte die Entlassung Nonnemachers dennoch nicht verhindern.

